

Besondere Fähigkeiten

Auch Panzer,
U-Boote und
Gewehre sollten
deutsche Schlüssel-
technologien
sein, fordert
Rainer Arnold.

Deutschland hat ein elementares Interesse an einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: Dieser Auftrag steht im Koalitionsvertrag, ebenso wie die stringente Einhaltung der Rüstungsexportrichtlinien. Die Probleme der Rüstungswirtschaft sind struktureller Art, insbesondere zu einer Zeit, in der sich viele große militärische Vorhaben in der Schlussphase befinden und die Budgets in allen Bündnisländern knapp bemessen sind.

Wohl niemand in der deutschen Politik will beliebig Rüstungsgüter in alle Welt exportieren. Damit ist klar, dass die strukturellen Herausforderungen in der Rüstungsindustrie nicht durch Exporte zu lösen sind. Wir brauchen ein von den sicherheitspolitischen Interessen und der Verantwortung Deutschlands abgeleitetes Gesamtkonzept. Zunächst hat das Verteidigungsministerium die Pflicht, die für den Einsatz unserer Streitkräfte unabdingbaren Schlüsseltechnologien zu definieren - und zwar mit Blick auf das militärische Fähigkeitsprofil der Bundeswehr sowie auf herausragende Fähigkeiten der nationalen wehrtechnischen Industrie. Damit ist klar, dass auch gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote und infanteristische Waffen zu den Kernfähigkeiten gehören. Schließlich hat die Bundeswehr in diesen Bereichen ein ausgeprägtes Fähigkeitsprofil. Deshalb sollte die Ministerin ihren Vorschlag zur Definition der Kernfähigkeiten umgehend korrigieren.

Deutsche Ingenieurfähigkeiten werden nicht über den Verkauf bereits bestehender, sondern über die Entwicklung neuer Produkte gesichert. Nach über zwei Jahren ohne eine einzige Entscheidung in diesem Bereich müssen jetzt zügig neue Projekte beschlossen werden. Dabei müssen

auch politische Erwägungen wie besondere nationale Interessen einbezogen werden. Hieraus lässt sich etwa eine Entscheidung für das Luftverteidigungsprojekt Meads herleiten. Gleichzeitig gilt es, erste Entwicklungsschritte für die Militärtechnik der nächsten Generation einzuleiten, wie Fahrzeuge mit Laser- oder Mikrowellentechnologien.

Militärische Großvorhaben werden in Zukunft nur noch europäisch zu finanzieren sein. Um Synergien tatsächlich zu nutzen, muss auf nationale Varianten verzichtet werden. Deutschland muss Motor für europäische Kooperationsvorhaben werden. Dazu brauchen wir einen im Verteidigungsministerium angesiedelten Beauftragten, der solche Projekte koordiniert und voranbringt.

Rüstungsbetriebe, die nur eine schmale Produktpalette haben und von wenigen Auftraggebern abhängen, sind nicht überlebensfähig. Nationale Zusammenschlüsse müssen deshalb gefördert und gestärkt werden. Erst danach sind europäische Zusammenschlüsse sinnvoll. Zusätzlich sollten reine Rüstungsschmieden bei der Entwicklung ziviler Produkte durch die Vergabe von Forschungsmitteln unterstützt werden.

Sigmar Gabriels Vorschlag, die Rüstungsexporte zukünftig in Gänze im Auswärtigen Amt anzusiedeln, ist schlüssig. Es darf bei Exportentscheidungen nicht um wirtschaftspolitische Erwägungen, sondern ausschließlich um sicherheitspolitische Interessen unseres Landes gehen. Daneben brauchen wir eine übergreifende, fest installierte Runde der Staatssekretäre zur Koordinierung der deutschen Rüstungspolitik.

Der Autor ist verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com